

20 Schritte für 2014

Empfehlungen der deutschen Wirtschaftsvertreter an die Regierung Albaniens

Wir, der Vorstand der DIHA und Vertreter der deutschen Wirtschaft in Albanien, glauben an **Albanien** und sein Wirtschaftspotenzial in Feldern wie **Logistik, Infrastruktur, Finanzdienstleistungen, Energie, Bergbau, Öl/Gas, Leichtindustrie, Landwirtschaft, Bau, Tourismus und Handel.**

Wir sind bereit, **im Jahr 2014 einen verstärkten Beitrag zu leisten**, durch neue Investitionen die wirtschaftliche Entwicklung Albaniens zu fördern und Albanien an die Europäische Union heranzuführen.

Ob es gelingt, weitere deutsche Unternehmen für Investitionen in Albanien zu interessieren, wird vor allem von zwei Faktoren abhängen:

1. **Existenz verlässlicher** struktureller und rechtlicher **Rahmenbedingungen** nach **europäischen Standards.**
2. **Positive Erfahrungen** der in Albanien bereits tätigen deutschen Unternehmen.

Die albanische Regierung ist gefragt. Sie kann ein gesundes Wirtschaftsumfeld schaffen, in dem investiertes Kapital und Rechte durch ein **verlässliches, transparentes und unabhängiges Rechtssystem** vor Willkür, Korruption und Kriminalität geschützt sind und eine **professionelle öffentliche Verwaltung** ökonomisches Handeln erleichtert und schützt.

Ausgehend von konkreten Erfahrungen unserer Mitgliedsunternehmen präsentieren wir **20 Handlungsvorschläge** in 6 für die Wirtschaftsentwicklung zentralen **Feldern**. Wenn die Regierung der Republik Albanien diese Schritte mutig umsetzt, wird Albaniens Potenzial, sein internationales Ansehen und Attraktivität gestärkt, werden Investitionen und Zusammenarbeit erleichtert und schließlich die Lebensumstände des albanischen Volkes verbessert.

Jetzt ist die Zeit zum Handeln. Wir, die Vertreter der deutschen Wirtschaft in Albanien, sind bereit!

Tirana, den 22. Januar 2014

gez. Rolf Castro-Vasquez
DIHA-Präsident

gez. Jens Ströber
DIHA-Vize-Präsident

KOMMUNIKATION UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Kommunikation steht bewusst zu Beginn. Exzellente Kommunikation ist zentraler Aspekt von Modernisierung. Wir haben mit Sympathie eine offenere Kommunikationspolitik registriert, die sich auf unsere Zusammenarbeit und das Bild Albaniens in der Welt auswirken wird.

1. Die Regierung sollte **bilaterale Kommunikationskanäle weiter stärken**. Die Deutsche Botschaft und die DIHA kanalisieren seit langem Anliegen deutscher Unternehmen und Investoren und sind bereit, ihre Erfahrungen beratend einzubringen. In Ministerien und wichtigen Behörden sollte je ein Ansprechpartner (**Focal Point**) benannt werden.
2. Auch Kommunikation mit Dritten sollte verstetigt werden. Die deutsche Wirtschaft ist sofort bereit, sich in **Foren wie dem National Economic Council** aktiv einzubringen, auch um Informationen zu Maßnahmen der Regierung an potenzielle Investoren weiterzugeben.
3. Regierung und albanische Firmen sollten die Chance stärker nutzen, an **Veranstaltungen und Messen in Deutschland** teilzunehmen. Botschaft und DIHA stehen bereit für Anregungen und Beratung.

RECHTSRAHMEN

Die zentrale Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit und von Fragen wie Grundeigentum für Investoren muss nicht betont werden. Reformen sind unerlässlich. Wir begrüßen ganz besonders die jüngsten Initiativen der Regierung zur Korruptionsbekämpfung.

4. Die Regierung sollte konsequent den begonnenen Weg weitergehen, **Implementierung und Vollstreckung von Gesetzen, Gerichtsurteilen und Richtlinien** in allen Bereichen durch Maßnahmen der Exekutive sichtbar zu unterstützen, vom Strafrecht bis zur Immunitätsgesetzgebung, von der Straßenverkehrsordnung bis zum Baurecht.
5. Die **Professionalisierung des Justizsystems** sollte nachhaltig vorangetrieben werden; beginnend bei Richterauswahl und -ausbildung, fortgeführt durch permanentes Monitoring.
6. Die begrüßenswerte Einführung der **Verwaltungsgerichtsbarkeit** sollte von praktischen unterstützenden Maßnahmen gefolgt werden, um die neuen Gerichte zu besonders professionellen und effizienten Instrumenten des Rechtsstaats zu machen.
7. Die getroffenen Maßnahmen zur Regelung der Fragen des **Grundeigentums** sollten messbar weiterentwickelt werden, damit sich die Sicherheit für Investitionen erhöht.
8. Das **Gesetz über den öffentlichen Dienst** sollte im Interesse der Professionalisierung der öffentlichen Verwaltung als Partner der Wirtschaft zügig umgesetzt werden, damit Einstellungen, Beförderungen und Entlassungen nur auf der Grundlage **klarer und transparenter Kriterien** erfolgen.

MARKTZUGANG

Unternehmen in Deutschland beobachten eingehend die Erfahrungen anderer Firmen im Ausland und das wirtschaftliche Umfeld der möglichen Investitionsstandorte weltweit. Bürokratische Hemmnisse oder Unregelmäßigkeiten haben negative Wirkungen auf Neuinvestitionen.

9. Die jüngsten Fortschritte auf dem Weg, Markteintritte durch **Modernisierungen** wie Computerisierung und ein „one-stop-shop“ System für Lizenzen und Genehmigungen zu fördern, müssen ausgebaut; Websites und Online-Dienste weiter verbessert werden.
10. **Ausschreibungen und Lizenzerteilungen** sollten von den Behörden so begleitet werden, dass während des gesamten Prozesses Transparenz und fairer Wettbewerb gilt.

11. Erteilung von **Lizenzen und Konzessionen** muss **verlässlich** erfolgen; eventuelle Überprüfungen müssen rechtsstaatlich, nachvollziehbar und zügig gehandhabt werden.

12. Albanien sollte zügig **seine Märkte für Bodenschätze öffnen und transparenter gestalten**, um das große Potenzial für ausländische Investitionen zu nutzen.

13. Wir begrüßen, dass die Regierung erkannt hat, dass **Nachhaltigkeit, Umweltschutz** (v.a. Abfall- und Abwasserentsorgung) und Schaffung moderner **Infrastruktur** unverzichtbar sind als Basis und Anreiz für Neuinvestitionen, und wir ermuntern sie zu weiteren Maßnahmen.

STEUER UND ZOLL

Diese Bereiche sind für alle Unternehmen in Albanien von täglicher und zentraler Bedeutung.

14. Die Strukturreform der Steuer- und Zollverwaltung als Partner der Unternehmen muss den Zielen **Professionalisierung** des Personals, **Objektivierung der Entscheidungen** und **messbare Effizienzsteigerung** folgen.

15. Ohne die aktuelle Diskussion zu Steuerreform und Steuersystem zu kommentieren, erklären wir: Zentral sind **Transparenz und Vertrauen** in das System. Erhebung von Steuern und Zöllen sollte endlich klaren, verlässlichen und einheitlichen Kriterien folgen. Durch **bessere Erfassung und Kontrolle** der Steuersubjekte muss dringend mehr **Steuergerechtigkeit** hergestellt werden.

16. Nach Anerkennung und Katalogisierung der ausstehenden **Mehrwertsteuer-Rückzahlungen** an Unternehmen sollte ein Auszahlungsprozess anlaufen. Die schwierige Lage der öffentlichen Haushalte ist den Unternehmen dabei bewusst.

17. Die Zollbehörde sollte das System der **Referenzpreise** dort **überdenken**, wo seriöse Rechnungen präsentiert werden und Berichten über Willkür ergebnisoffen nachgehen.

FINANZIELLE BEZIEHUNGEN MIT UNTERNEHMEN

Für Investitionsentscheidungen sind Erfahrungen zu Zahlungsgegebenheiten fundamental.

18. Wir begrüßen die Erklärungen der Regierung, bei **ausstehenden Zahlungen** im Rahmen **öffentlicher Beschaffungen** und Investitionen ihren Verpflichtungen nachzukommen und ermuntern sie, die Umsetzung zügig zu beginnen.

AUSBILDUNG

Deutsche Firmen bewerten aus Gründen der Nachhaltigkeit des Investments den Faktor Ausbildung hoch. Modelle wie das Duale System wären ein Standortvorteil für Albanien.

19. Die **Kontakte nach Deutschland** zur Reform der Berufsbildung sollten verstärkt werden. Wir begrüßen die bereits getroffenen Maßnahmen und bieten weitere Unterstützung und Kooperation an.

20. Das Ausbildungssystem sollte stärker mit dem **konkreten Bedarf der Unternehmen** an Arbeitskräften harmonisiert werden, um das große Potenzial an jungen Menschen zu nutzen.